

31. Januar 2003

Modellprojekt "Autonome Schule"

Antrag

Das Schulreferat wird beauftragt:

1. Ein Modellprojekt "Selbständige Schule" durchzuführen, mit dem Ziel, zu erproben, wie im Rahmen einer verstärkten eigenverantwortlichen Steuerung der Schule die Qualität der schulischen Arbeit und dabei insbesondere des Unterrichts verbessert werden kann.
2. An dem Modellprojekt sollen sich mindestens zwei Realschulen, Gymnasien und berufliche Schulen beteiligen.
3. Dazu sollen die Schulen während des Projektes bei der Personalbewirtschaftung, Sachmittelbewirtschaftung sowie in der Unterrichtsorganisation und –gestaltung weitgehend selbständige Entscheidungen treffen und neue Modelle der Schulmitwirkung und Personalvertretung erproben.
4. Das Schulreferat entwickelt dieses Modellprojekt unter Berücksichtigung der Gesetze des Freistaats Bayern (Erziehung- und Unterrichtsgesetz) und in Anlehnung an die Modellprojekte des Freistaates Bayern und der Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - a) Personalbewirtschaftung: Eigenes Personalbudget, Entscheidungsspielraum über Stellen, beamten-,tarif- und vergütungsrechtliche Entscheidungsspielräume im Rahmen des geltenden Rechts, Teamarbeit, Mitwirkung des Personalrats der Schule
 - b) Sachmittelbewirtschaftung: Eigenes Sachmittelbudget für Fortbildungsmaßnahmen, Betriebskosten, Mittel für Kleinreparaturen und Drittmittel aus Sponsoring-Aktivitäten und andere Fördermittel
 - c) Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung: Abweichung von allgemeinen Vorgaben zur Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung im Rahmen des geltenden Rechts z.B. Flexibilisierung der Stundentafel, Auflösung des 45-Minuten-Taktes, frei gestaltbare Gruppenstrukturen, neue Unterrichtsmethoden...
 - d) Organisation und Mitwirkung: Neue Formen der Zusammenarbeit und Kooperation von Schulleitung, Lehrer*innen, Schulforum, Eltern und SchülerInnen, aber auch außerschulischen Einrichtungen und Unternehmen
4. Nach der Projektdauer von vier Jahren werden die Ergebnisse und Wirkungen der im Laufe des Projektes ergriffenen Maßnahmen durch geeignete Evaluationsmaßnahmen überprüft. Über den Umgang und die Übernahme einzelner Ergebnisse auf alle städtischen Schulen soll nach der Vorstellung im Stadtrat entschieden werden.

Begründung:

Das unbefriedigende Abschneiden der deutschen Schülerinnen und Schüler hat viele Ursachen. Keiner der in PISA untersuchten Hintergrundfaktoren von Schülerleistungen ist allein oder vorrangig entscheidend. Es handelt sich vielmehr um ein Zusammenspiel einer Vielzahl von Faktoren wie der Ressourcenausstattung, der Ausgestaltung des Schulwesens und der schulischen Praxis und dabei insbesondere des Unterrichts.

Seit einigen Jahren wird die schulpolitische Debatte vom Paradigma der Selbstständigkeit geprägt. Dezentralisierung von Entscheidungen, Eigenverantwortung und Rechenschaftslegung sind Schlüsselbegriffe, die mittlerweile bundesweit die Diskussion um die Zukunft der Schule bestimmen. Eine bessere Schule zu machen und die Qualität des Unterrichts nachhaltig zu steigern, das erfordert ganz offensichtlich auch neue Modelle der Steuerung von Schule. Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und auch Bayern haben das erkannt und Modellprojekte einer selbständigeren Schule auf den Weg gebracht.

Da am bayerischen Modus 21 Projekt nur eine städtische Schule bisher teilnimmt (St. Anna Gymnasium) halten wir es für zukunftsweisend für die Schulstadt München zusätzlich zum staatlichen Modellprojekt ein eigenes Projekt für alle Münchner Schultypen durchzuführen.

Das Vorhaben soll eine übergreifende bildungspolitische Zielsetzung verfolgen, die kontinuierlich auf die Stärkung der einzelnen Schule als entscheidende Handlungseinheit für die Qualität und Nachhaltigkeit von Bildung und Erziehung setzt.

Öffentliche Verantwortung für das Bildungswesen bleibt dabei aus unserer Sicht unverzichtbar. Ebenso unverzichtbar ist es allerdings, diesen Anspruch neu zu bestimmen, zumal sich die alten Formen staatlicher Steuerung überlebt

haben: Eine Bildungsverwaltung, die alles und jedes auf Punkt und Komma zu regeln versucht, ist nicht mehr zeitgemäß. Sie ist aufwändig und teuer - und sie büßt zugleich angesichts der Vielfalt der neuen Gestaltungsaufgaben zunehmend an Wirksamkeit ein.

Schulen brauchen stattdessen mehr Freiräume und mehr Entscheidungsfreiheit, damit sie schneller auf den gesellschaftlichen Wandel antworten und angemessen auf veränderte Anforderungen in ihrem Umfeld reagieren können.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste

B90/Die GRÜNEN/rosa liste
Sabine Krieger
Jutta Koller